

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

<p>Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24 Fernsprecher: Amt 6, Nr. 6983 Redakteur: Emil Dittmer</p>	<p>Motto: Staats- und Gemeindebetriebe sollen Mutterbetriebe sein</p>	<p>Erscheint wöchentlich Freitags Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk. - Postzeitungsliste Nr. 3167</p>
--	---	--

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Inhalt.

Unser neues Statut. -- Statistil über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905. -- Situationsbericht für Dresden vom 2. Quartal. -- Die Stellungnahme unserer Bremer Kollegen zum Rubelohn-Gehelentwurf für die bremischen Staatsarbeiter. -- Lohnpolitik der Stadt Elberfeld. -- Ein Wahnwitz. Notizen für Gasarbeiter. Aus unserer Bewegung. Rundschau. -- Eingegangene Briefen und Bücher. -- Anzeigen.

Unser neues Statut.

Zeit dem 1. Oktober d. J. in unser neues Statut in Kraft getreten und dürfte nunmehr wohl von allen Mitgl. Kenntnis bereits an unsere Mitglieder verabfolgt sein. Es wird aber so manchen geben, die wir fürchten sogar es ist die Mehrzahl, welcher sich nicht der Mühe unterzieht, nun eingehend die einzelnen Paragraphen zu studieren, sondern „das Ding“ unbedacht auf die Seite legt. Das ist um so bedauerlicher, als daraus oftmals Mißverständnisse, Irrtümer, Särger und Zwietracht unter den Verbandskollegen entstehen. Häufig erfolgen unangenehme Angriffe auf Verbandsmitglieder oder Verbandsfunktionäre, weil man sich über seine Mitgliedsrechte und Pflichten nicht genügend informiert hat. Selbst Verbandskollegen sind ihm und wieder von den wichtigsten Bestimmungen nicht unterrichtet. Und doch sollten gerade die Vertrauensleute die Verbandsstatuten sorgfältig im Auge haben. Dazu ist allerdings erforderlich, daß die Statuten klar und präzis sind. Von den unsrigen kann man das eherne gerade nicht behaupten, wenigleich die Wäuzer Statutenkommission sich redlich bemüht hat, erhebliche Verbesserungen vorzunehmen. Immerhin hat die Ausführlichkeit der einzelnen Paragraphen insofern etwas für sich, als die Zweifelsfälle verringert werden, in welchen Streit über die Auslegung eines Paragraphen entsteht. Das mag auch hier der Grund gewesen sein zu dem etwas reichlichen Umfang.

In Nr. 39 der „Gewerkschaft“ haben wir bereits auf die Bestimmungen bei Streiks und Lohnbewegungen hingewiesen. Es verbleibt uns also heute die Aufgabe, die materiellen Leistungen unseres Verbandes etwas näher zu beleuchten bezw. die Neuerungen festzustellen und ältere oftmals unbeachtete Bestimmungen neu aufzuführen.

Eine einschneidende Aenderung ist gleich im § 5b enthalten, nach welchem die Verbandszugehörigkeit erlischt, wenn das Mitglied mit 8 Wochenbeiträgen trotz erträglicher Mahnung im Rückstand ist. Während also früher 13 Wochen restiert werden konnten, ist jetzt schon nach 8 Wochenresten die Mitgliedschaft zu Ende. Offenlich haben es dadurch unsere Verbandsfunktionäre leichter, dem Restanten Anweisung ein Ende zu machen. Es ist auch zu bedenken, daß bei den verkehrsartigen Leistungen, welche das neue Statut gewährt, einem etwaigen Mißbrauch vorgebeugt werden muß, deshalb ist auf das Strengste auf die Erfüllung dieses Paragraphen zu sehen und ein Nachbleiben von mehr wie 8 Marken unter allen Umständen unzulässig!

Beachtung verdient auch der letzte Absatz des § 5, den wir nachstehend folgen lassen.

Mitglieder, welche ihre Beschäftigung in städtischen resp. staatlichen Betrieben aufgeben, können mit Genehmigung einer Filialversammlung weiter Verbandsmitglied bleiben. Falls aber eine für das neue Arbeitsverhältnis zuständige moderne Organisation auf zentraler Basis besteht, so ist dem Mitglied anzuraten, zu dieser überzutreten. Ausgenommen hiervon sind solche Fälle, wo das neue Arbeitsverhältnis nur vorübergehend ist und das Mitglied wieder in städtische oder staatliche Beschäftigung zurückkehren gedenkt.

Mar geregelt ist der Ausschluss eines Mitgliedes im § 6. Heber die Verutung des Ausgeschlossenen sagt der Abs. 4 dieses Paragraphen:

Gegen den Ausschlussbeschluss der Filiale ist innerhalb vier Wochen nach Bekanntgabe des Beschlusses an den Ausgeschlossenen Berufung beim Verbandsverband und gegen dessen Entschluß wiederum innerhalb vier Wochen nach Zustellung Aktens beim Verbandsausschuss zulässig. Berufung und Aktens haben aufschiebende Wirkung. Gegen die Entscheidung des Verbandsausschusses ist Beschwerde an den Verbandstag zulässig. Diese Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Im Anschluss daran wird festgestellt, daß mit der Wiederbindung der Mitgliedschaft sofort jedes Anrecht an den Verband und dessen Vermögen erlischt.

Ziemlich einschneidende Bestimmungen enthält der § 8, welcher die Beitragshöhe regelt. Bekanntlich sind die jetzigen Verbandsbeiträge auf 25 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt, soweit nicht örtliche Zusätze erhoben werden! Falls aber durch besondere Umstände die Verbandsausgaben bedeutend steigen, hat der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß das Recht, eine Ertragssteuer auszusprechen. Diese Maßregel ist in letzter Zeit ziemlich häufig in anderen Verbänden praktiziert worden. Sollte sich bei uns einmal die Notwendigkeit herausstellen, so werden die Mitglieder hoffentlich so viel Disziplin besitzen und willig diesem Statutenparagraphen nachkommen.

Für die Pensionierten ist der Beitrag auf 15 Pf. pro Woche festgelegt. Dafür erhalten sie Sterbeunterstützung und Verbandszeitung.

Der letzte Absatz im § 8 besagt, daß bei Verbands-Unterstützungen die laufenden Beiträge in Abzug zu bringen sind. Dies haben besonders die Funktionäre zu beachten. Desgleichen die alte Bestimmung, daß beitragsfreie Wochen ebenso regelmäßig zu stehen sind wie den bezahl. Warten wie andere. Hierin wird leider noch immer recht häufig geübt.

Im § 11 sind die Hebertrittsbedingungen aus anderen gewerkschaftlichen Verbänden angegeben. Nach wie vor zahlen gewerkschaftlich Organisierte kein Eintrittsgeld, wenn sie ihren Verpflichtungen in anderen Verbänden nachgekommen sind. Neu und von großer Wichtigkeit ist der zweite Absatz dieses Paragraphen, den wir deshalb nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Ihre seitherige Mitgliedschaft wird in der Weise angerechnet, daß die in der bisherigen Organisation geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summiert und nach dem Togen des vorliegenden

Statuts umgerechnet werden. Eventuelle Vorkaufszufschüsse kommen nicht in Anrechnung. Die durch die Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt für die im vorliegenden Statut niedergelegten Leistungen des Verbandes in Betracht. Bei Bezug von Unterstützungen wird die Marenzzeit nach der letzten Unterstützungsanzahlung in der früheren Organisation berechnet.

Die §§ 15 und 16 regeln den Rechtsschutz. Die sollten vorkommendenfalls sorgsam studiert werden, da Irrtümer in der Praxis sehr häufig vorkommen. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß bei persönlichen Verleidigungen, Obschänden, überhaupt bei Privat Angelegenheiten kein Rechtsschutz gewährt wird, sondern bei Differenzen, welche dem Dienst und Arbeitsverhältnis entspringen, bei Angelegenheiten auf dem Gebiete der Arbeiter Versicherung, sowie bei Anklagen wegen Verbands-tätigkeit usw. Zu beachten ist noch, daß das Mitglied 26 Wochenbeiträge geleistet haben muß.

Ganz neu ist unsere Erwerblosen Unterstützung, welche in den §§ 17-21 behandelt wird. Wir lassen die festgelegten Sätze folgen:

Geleistete Beitragswochen	Für männl. Mitgl. wöchentlich	Für weibl. Mitgl. wöchentlich
52	4 Mk. auf 4 Wochen	3 Mk. auf 4 Wochen
156	4 " " 5 " "	3 " " 5 " "
260	4 " " 6 " "	3 " " 6 " "
416	4 " " 7 " "	3 " " 7 " "
520	4 " " 8 " "	3 " " 8 " "

Diese Summe wird ausgezahlt sowohl im Falle von Krankheit, als auch im Falle von Arbeitslosigkeit, nachdem die erste Woche der Erwerbunfähigkeit verstrichen ist, für welche keine Unterstützung gezahlt wird. Es steht wohl zu hoffen, daß die größeren Situalen durch Ertragsbeiträge einen Vorkaufszuschuß leisten können, um so die Unterstützung wirkungsvoller zu gestalten. Die Erwerblosen Unterstützung wird erst malig am 1. Oktober 1907 ausgezahlt.

Ueber den Begriff der Maßregelung sind die Meinungen in unserer Organisation noch recht verschieden, und da wir bislang keine Arbeitslosen-Unterstützung hatten, verfuhr der Hauptvorstand bis dato sehr tolerant. Es muß aber daran festgehalten werden, daß Maßregelungen nur anzuerkennen sind, wenn die Betroffenen infolge ihrer Tätigkeit für den Verband entlassen werden. Hier gelten die früheren Sätze: 12 Mk. für ledige, 15 Mk. für männliche verheiratete, 8 Mk. für weibliche Mitglieder. Außerdem wird für jedes Kind ein Zuschuß von 1 Mk. pro Woche gewährt bis zu 1/4 des bisherigen Verdienstes. Die Unterstützung wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt, in besonderen Fällen kann auf Antrag der betr. Situal-Verwaltung über diese Zeit hinaus bezahlt werden.

Die Streik-Unterstützung ist in gleicher Höhe wie die Maßregelungs-Unterstützung bemessen, ebenso treten diese Sätze bei Ausperrungen in Kraft und zwar wird in beiden Fällen die Unterstützung vom ersten Tage an bezahlt. Der Absatz im § 24 besagt jedoch, daß für alle Mitglieder, welche im Verbands-erit 13 Wochenbeiträge geleistet haben, nur die Hälfte der Unterstützungssätze gezahlt werden kann.

Eine seit 1. Oktober 1906 bereits in Kraft getretene Verbesserung zeigt das neue Statut bei der Sterbe-Unterstützung. Dieselbe beträgt nach einer Beitragsleistung von

für männliche Mitglieder 52 Beitragswochen 60 Mk.	für deren Frauen 30 Mk.
104 " " 70 " "	35 " "
156 " " 80 " "	40 " "
208 " " 90 " "	45 " "
260 " " 100 " "	50 " "
312 " " 110 " "	55 " "
364 " " 120 " "	60 " "
416 " " 130 " "	65 " "
468 " " 140 " "	70 " "
520 " " 150 " "	75 " "

Für verstorbene weibliche Mitglieder werden 75 Proz., d. h. dreiviertel der Sätze bezahlt, welche für männliche Mitglieder gelten. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß auch in Sterbefällen der Frau eines Mitgliedes genau so verfahren werden muß, wie bei den Anträgen für Mitglieder. Sterbeurkunde und Legitimation müssen also bei der betreffenden Situalverwaltung eingereicht werden, welche sie dem Verbands-vorstand übermittelt. Alsdann erfolgt die Anweisung zur Auszahlung. Mitglieder, welche am 1. Juli 1903 52 Wochenbeiträge oder mehr geleistet hatten, erhalten eine einjährige

Mitgliedschaft angerechnet. Es genügt also nicht mehr die einjährige Mitgliedschaft vor dem 1. Juli 1903, sondern man muß mindestens 52 Beitragswochen geleistet haben.

Damit sind die wichtigsten Bestimmungen unseres Statuts, soweit sie sich auf die materiellen Leistungen beziehen, gekennzeichnet. Wir zitieren aber den § 27, Absatz 2, gewissermaßen zur Warnung, noch einmal. Er lautet:

„Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen 8 Wochen oder länger im Rückstande sind, ohne daß Kündigung eingetreten ist, erhalten keine Unterstützung, sofern der Beitragsrückstand auf ihr eigenes Ver-hältnis zurückzuführen ist.“

Die Verbandszeitschrift wird bereits nach 6 Wochenresten nicht mehr geliefert. Es gilt also möglichst mit seinen Beiträgen auf dem Laufenden zu bleiben. Besser 1 bis 2 Wochen im Voraus zahlen, als immer einige Wochen nachhaken. Stellt sich eine unvorhergesehene Schwierigkeit ein, so gerät man ohnehin im Rückstande und, sobald die 8 Wochen vorüber sind, hat's „geschnappt“, d. h. man geht seiner erworbenen Rechte verlustig und muß von vorne anfangen. Wir haben gegenwärtig in unserm Verbands- eine viel zu hohe Fluktuation. Sache der Vertrauensleute und Funktionäre muß es in nächster Zeit sein, die Mitglieder darauf hinzuwirken, daß sie sich selbst enorm schaden, wenn sie nicht Stange halten.

Bei anmerklichem Studium unseres neuen Statuts wird jeder Kollege finden, daß Mainz ein Markstein für unsern Verband war auch in bezug auf die innere Festigung, die bekanntlich wesentlich von den früher so viel geschmähten Unterstützungs-Einrichtungen abhängt. Wir haben uns eine gesunde Weiterentwicklung für die nächsten 3 Jahre gesichert, wenn - woran wir nicht zweifeln - jeder seine Schuldigkeit tut. Betroff können wir in Variation fügen:

Ein feste Burg ist der Verband,
Ein gute Wehr und Waffen!

Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905.

Die Stämpfe, die den deutschen Arbeitern im Jahre 1905 vielfach aufgedrängt wurden und den oben ausgeführten Zweck hatten, die Gewerkschaftsorganisationen lahmzulegen, haben denselben nicht nur, wie schon in der Gewerkschaftsstatistik nachgewiesen, einen enormen Widerstand gebracht, diese Stämpfe haben der deutschen Arbeiterwelt auch wirtschaftliche Vorteile gegen sich erkaufen. Das ist, um es beinahe zu nehmen, das Fazit der Vorkaufszuschüsse des Jahres 1905.

Wenn ein der Besten der nachkommenden Bild von dem Werten und den Erfolgen der gewerkschaftlichen Organisationen im Kampfe um eine bessere Lebensstellung der Arbeiterklasse gegeben werden soll, so ist es notwendig, die Ergebnisse der Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitsentstellungen zusammenfassend darzustellen. Das ist in der vorliegenden Statistik zum ersten Mal geschehen, nachdem im vorigen Jahre zum ersten Male der Versuch unternommen werden war, die Ergebnisse der „Lohnbewegungen“ hinsichtlich zu erörtern. Auch die vorliegende Statistik kann nach ihrem Ansprache darauf erheben, das Bild aller wirtschaftlichen Momente und Ereignisse der gewerkschaftlichen Organisationen vollständig wiederzugeben.

Trotz dieser Mängel bietet die vorliegende Statistik doch ein Bild erheblicher Tatsachen der Gewerkschaftsorganisationen zum Wohle der Arbeiterwelt. Es ist ein glanzvolles Emporsteigen, ein ruhiges und eisernes Mäpchen im Licht und Luft der Arbeiterklasse, das die Zahlen der Streiks und Ausperrungen und der Lohnbewegungen nur die Plumen und Federarbeiten und Arbeiterinnen, Parsonagearbeiten, Handlungsgeschäften, Vogelballen, Zecken und Zwilmmüter, die im Jahre 1905 keine Lohnbewegungen und Streiks geführt haben.

Es ist allerdings zu beachten, daß unsere Angaben über die Gesamtzahlen der an Streiks und Ausperrungen Beteiligten durch die hier in veröffentlichte spezielle Streikstatistik, wie sie bisher jedes Jahr erdienen ist, noch eine Korrektur erfahren werden. An der vorliegenden Statistik waren Doppelzählungen nicht zu vermeiden, da jede Gewerkschaft unabhängig von anderen etwa mit-beteiligter Gewerkschaften über die Stämpfe berichtet hat, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Nach den vorliegenden Angaben haben Lohnbewegungen und Vorkaufszuschüsse im Jahre 1905 11.010 Personen mit 1.150.000 Reichsmark. Die Zahl der direkt Beteiligten beläuft sich auf 82.626.

Anforderungen bzw. Anordnungen wurden in 1659 Fällen gestellt. Wenn die Statistik nun gleichsam schnell, daß über die Hälfte dieser Anforderungen bzw. Anordnungen, genau 2886, auf dem Wege erfolgreicher Verhandlungen oder durch stillschweigende Anerkennung der Unternehmer ihre Erledigung gefunden haben,

so ist das sicher ein gutes Zeichen und der kühnste Beweis für die Machtfähigkeit, die sich die Gewerkschaftsorganisationen im Wirtschaftsleben der Gegenwart erlangen haben. In 101 Fällen waren allerdings auch die Gewerkschaften gezwungen, ihre Forderungen zurückzugeben; es handelt sich hier durchgängig nur um kleine Gruppen von Arbeitern und Arbeiterinnen, deren örtliche Organisationen aus irgend welchen Gründen den aufgestellten Forderungen nicht genügend Nachdruck zu geben vermochten.

Von den 2604 Streiks und Aussperrungen, die insgesamt stattgefunden haben, sind 1296 oder nahezu 50 Prozent für die Arbeiter, schaft mit bestem Erfolge und 651 = 23 Prozent mit teilweisem Erfolge beendet worden. Das sind 73 Prozent aller Streiks insgesamt durchgehend, ein Erfolg, wie ihn die deutsche Arbeiterbewegung bisher noch nicht aufzuweisen hatte!

Das Ergebnis schaltet sich aber noch günstiger, wenn auch die ohne Mitbestimmung verlaufenen Bewegungen in Rechnung gezogen werden. Danach sind von den insgesamt 5659 Bewegungen 4775 Bewegungen = 84 Prozent erfolgreich verlaufen.

Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung fanden, wie schon gesagt, 101 ihre Erlösung durch Zurückziehung der Forderungen und von den Streiks hatten 552 (= 19 Prozent aller Streiks) keinen Erfolg, so daß sich die Zahl der erfolgreichen Bewegungen insgesamt auf 653 = 11 Prozent aller Bewegungen beläuft. Ueber den Verlauf von 118 Streiks (= 23 Prozent aller Bewegungen bzw. 5 Prozent der Streiks und Aussperrungen) konnten die Vorstände keine Angaben machen, teils weil dieselben am 1. Januar 1906 noch nicht beendet waren, teils handelte es sich auch um Streiks oder Aussperrungen, bei denen die betreffenden Gewerkschaften nur in Wirklichkeit gezogen waren.

Entsprechend diesen günstigen Resultaten der Lohnbewegungen und Vorkämpfe sind auch die Ergebnisse derselben betrübende. Es erzielten:

- Arbeitszeitverkürzung*) 196383 Beteiligte 686250 Stunden pro Woche.
- Lohnerhöhung*) 427187 Beteiligte 885311 Mf. pro Woche.
- Lohnaufschlag für Überstunden 107178 Beteiligte.
- Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit 71632 Beteiligte.
- Wachstums bzw. Abschaffung der Altersarbeit bzw. Abwehr der Verjüngung der Lohnarbeit 18340 Beteiligte.
- Verbesserung der Arbeit usw. Ordnung bzw. Abwehr einer Verschlechterung derselben 8123 Beteiligte.
- Mahnen, Linsen weichen ab 5386 Beteiligte.
- Gewinnsteuern erhalten bzw. Verschärfungen wehren ab 119719 Beteiligte.
- Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 1507 Fällen mit 257291 Beteiligte.

Die Kosten der gesamten Bewegungen beliefen sich auf 16999133 Mf.

Wann man demgegenüber an, daß die erzielten Lohn-erhebungen auch nur 10 Wochen im Jahre voll zur Geltung kommen, so ergibt sich gegenüber den Ausgaben, die die organisierte Arbeiterkraft in die Wirtschaft geworfen hat, eine jährliche Ergebnis des Lohnkampfes mit allem für die direkt Beteiligten nur und 35½ Millionen Mark. Es ist aber ohne weiteres klar, daß Lohnbewegungen in solchem Umfang nicht auf den Kreis der direkt Beteiligten beschränkt bleiben; daß auch darüber hinaus die „Nachwirkungen“ weiterer Arbeiterkämpfen erwacht wird und auch da die Mitnehmer wohl oder übel Lohnzulagen genießen müssen. Bei dieser Berechnung sind noch gar nicht in Betracht gezogen die sozialen kulturellen Erzeugnisse der hartkämpfenden Kämpfe, zu denen ja in einer Reihe die Arbeitszeitverkürzung gehört, zu denen wir aber auch die über 1500 korporativen Arbeitsverträge zählen, die abgeschlossen wurden; endlich verbinde ich auch mit den als „Gewinnsteuern“ bezeichneten Erzeugnissen zu mancher Erfolg in kultureller Hinsicht. Und die verbesserten Verhältnisse, Arbeitsbedingungen usw. dürfen oftmals als Kulturvermögen betrachtet werden. Es wird also durch die hier angeführten Zahlen wieder einmal der zwingende Beweis erbracht, daß die Gewerkschaft die beste Sparkasse für den Arbeiter ist.

Die nachfolgenden Angaben geben Aufschluß über Art und Umfang der verschiedenen Bewegungen.

1. Die Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (ohne Arbeitseinstellungen). Es haben solche Bewegungen stattgefunden 2763 in 1117 Orten, 25863 Beteiligte mit 168522 Teilnehmern. In 1439 von den in Betracht kommenden Orten bestanden Unternehmerorganisationen; die von den Bewegungen betroffenen Unternehmer geböhrten ihren Ursamtionen in 1102 Orten an. Die Zahl der an diesen Bewegungen Beteiligten belief sich auf 367000. Von den Bewegungen hatten

- 2193 = 79 Prozent mit 68278 (= 71 Prozent) Beteiligten vollen Erfolg.
- 467 = 17 Proz. mit 76320 (= 21 Prozent) Beteiligten teilweisen Erfolg.
- 90 = 3 Prozent mit 17612 (= 4 Prozent) Beteiligten keinen Erfolg.
- Bei 13 = 1 Prozent mit 102 (= 1 Prozent) Beteiligten war der Ausgang unklar.

* Einzelne die Fälle, in denen Arbeitszeitverkürzung und Lohnverkürzung abgewehrt wurde.

Im einzelnen wurde bei diesen Bewegungen erzielt: Arbeitszeitverkürzung für 106165 Beteiligte 453297 Stunden pro Woche.

Lohnerhöhung für 279493 Beteiligte 550637 Mf. pro Woche. Lohnaufschlag wurden in 910 Fällen für 147186 Beteiligte abgelehnt.

In sonstigen Erfolgen bei diesen Bewegungen wurde erzielt: Lohnaufschlag für Überstunden in 669 Fällen für 76216 Beteiligte.

Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 502 Fällen für 57511 Beteiligte.

Wachstum bzw. Abschaffung der Altersarbeit in 50 Fällen für 12896 Beteiligte.

Verbesserte Arbeit usw. Ordnung in 18 Fällen für 5724 Beteiligte.

Sonstiges in 612 Fällen für 81716 Beteiligte.

Die Kosten dieser Bewegungen, soweit dieselben angegeben werden konnten, beliefen sich auf 39708 Mf. Vielfach werden diese Kosten in den Verbänden nicht besonders gebucht. Es wurde uns in mehreren Fällen mitgeteilt, daß dieselben auf das Konto Agitation oder Gauleitungen verrechnet würden.

In der Tat dürften die verhältnismäßig bedeutenden Erfolge, die gerade in dieser Kategorie der Lohnbewegungen aufzuweisen sind, vielfach auf das Konto der in den letzten Jahren in fast allen Verbänden geschaffenen Gauleitungen und die Befestigung derselben, sowie größerer Ortsvereinigungen mit unabhängigen Beamten zu setzen sein.

2. Die Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen (ohne Arbeitseinstellungen). Solcher Bewegungen haben stattgefunden

265 in 149 Orten, 641 Betrieben mit 31617 Beschäftigten. In 123 Orten bestand eine Unternehmerorganisation; in 100 Orten wurden die derselben angehörigen Unternehmer von den Bewegungen betroffen. Die Zahl der Beteiligten belief sich auf 15129.

Die Bewegungen nahmen folgenden Verlauf: 191 = 69½ Prozent mit 14242 (= 92 Prozent) Beteiligten vollen Erfolg.

8 = 1 Prozent mit 865 (= 5½ Prozent) Beteiligten teilweisen Erfolg.

5 = 2½ Prozent mit 220 (= 2½ Prozent) Beteiligten keinen Erfolg.

Der Ausgang einer Bewegung mit 6 Beteiligten ist unbekannt. Abgewehrt wurde durch diese Bewegungen:

Arbeitszeitverlängerung für 1657 Beteiligte 6928 Stunden pro Woche.

Lohnverkürzung für 7394 Beteiligte 13152 Mf. pro Woche. Korporative Arbeitsverträge wurden in 23 Fällen für 1927 Beteiligte abgeschlossen.

Weitere Erfolge sind: Abwehr der Verjüngung der Lohnarbeit in 17 Fällen für 1580 Beteiligte.

Abwehr einer verschlechterten Arbeit usw. Ordnung in 6 Fällen für 466 Beteiligte.

Abwehr von Lohnregelungen in 40 Fällen mit 2650 Beteiligte, Abwehr sonstiger Anforderungen in 13 Fällen für 3987 Beteiligte.

In einzelnen Fällen war es leider nicht möglich, die auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen des Unternehmers abzuwehren. Die erzieltenen Verschlechterungen stellen sich wie folgt dar:

Arbeitszeitverlängerung für 12 Beteiligte 21 Stunden pro Woche, Lohnverkürzung für 117 Beteiligte 281 Mf. pro Woche.

Wären diese Mißerfolge auch herzlich wenig belägen gegenüber den großen Erfolgen, die in den anderen Fällen erzielt sind, so ist es doch ein Zeichen von Schwäche, daß in Ketten einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur derartige Verschlechterungen überhaupt den Arbeitern zugemutet und von diesen in den Kauf genommen werden konnten.

Die Kosten dieser Bewegungen beliefen sich auf 2388 Mf.

3. Die Angriffsstreiks. Es sind solcher insgesamt 1396 mit 336583 männlichen und 11126 weiblichen, zusammen 347709 Beteiligte, zu verzeichnen. Die Streiks dauerten insgesamt 33729 Tage. In die Streiklisten waren einbezogen 296219 männliche und 13526 weibliche, zusammen 319745 Personen.

Die Summe der verlorenen Arbeitstage wurde festgestellt für 219040 Streikende. Es hatten die männlichen Streikenden 122189 verlorene Arbeitstage, die weiblichen 296626 verlorene Arbeitstage anzuzurechnen. Der monatliche Verlust an Arbeitsverdienst belief sich auf 17856027 Mark.

Die Streiks hatten folgendes Resultat:

663 = 49 Proz. mit 17292 (= 11 Proz.) Beteiligten vollen Erfolg.

238 = 25 Proz. mit 51611 (= 12 Proz.) Beteiligten teilweisen Erfolg.

282 = 17 Proz. mit 215131 (= 70 Proz.) Beteiligten keinen Erfolg.

18 = 0,5 Proz. mit 630 (= 0,2 Proz.) Beteiligten beliefen unbekannt.

115 Streiks mit 6097 Beteiligte waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet.

Die Ergebnisse der Angriffsstreiks waren folgende:
 Arbeitszeitverkürzung für 61666 Beteiligte zusammen 213467 Stunden pro Woche,
 Lohnerhöhung für 112653 Beteiligte zusammen 253166 Mark pro Woche,
 Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 424 Fällen für 63946 Beteiligte,
 Lohnaufschlag für Heberjunden in 318 Fällen für 31403 Beteiligte,
 Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 190 Fällen für 11159 Beteiligte,
 Freistellung bzw. Regelung der Akkordarbeit in 37 Fällen für 4889 Beteiligte,
 Sonstiges in 275 Fällen für 18994 Beteiligte.

Die Angriffsstreiks kosteten 5880231 Mark. Bemerkenswert ist hierbei, daß die auffallend große Zahl der Beteiligten, die bei den Angriffsstreiks ohne Erfolg abblieben, in der Hauptsache auf den Vergewaltigungsstreik entfällt. Bei diesem Streik fehlten eben alle organisatorischen Vorbedingungen für den Erfolg, eine Tatsache, die ja auch den Führern vor dem Streik hinlänglich bekannt war und diese veranlaßte, ihren ganzen Einfluß gegen die Zusammenführung derselben geltend zu machen. Es ist vielleicht nicht unangebracht, dieses Faktum bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich festzustellen. Und ebenso entfällt auch der Löwenanteil an den verlorenen Arbeitslöhnen auf das Konto des Vergewaltigungsstreiks.

4. Die Abwehrstreiks. Solcher waren 837 mit 3028772815 männliche, 2136 weibliche Beteiligte zu verzeichnen. Dieselben kosteten insgesamt 15815 Tase. In die Streiklisten waren 25313 männliche, 2031 weibliche, zusammen 27344 Beteiligte eingetragen. Die Summe der verlorenen Arbeitszeit wurde für 27520 Streikende festgesetzt, die zusammen 6323167 männliche, 30901 weibliche, 374068 Tage veräumten und 1292679 Mark Arbeitslohnverlust hatten.

Von den 837 Abwehrstreiks hatten 450 = 54 Proz. mit 19012 (= 62 Proz.) Beteiligten vollen Erfolg, 111 = 13 Proz. mit 1995 (= 16 Proz.) Beteiligten teilweisen Erfolg, 223 = 27 Proz. mit 5081 (= 17 Proz.) Beteiligten keinen Erfolg. Bei 40 = 5 Proz. mit 652 (= 2 Proz.) war der Verlauf unbekannt. Die übrigen Abwehrstreiks waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet.

Die Ergebnisse der Abwehrstreiks sind folgende:
 Es wechelten ab:
 Arbeitszeitverlängerung 949 Personen zusammen 2619 Stunden pro Woche,
 Lohnkürzung 6771 Personen zusammen 13099 Mark pro Woche,
 Verweigerung der Lohnarbeit in 15 Fällen 1013 Beteiligte,
 Verschlechterung der Arbeits- u. w. Ordnung in 19 Fällen 1971 Beteiligte,
 Maßregelung in 57 Fällen 2736 Beteiligte,
 Gehtiges in 294 Fällen 11521 Beteiligte.

Auch bei den Abwehrstreiks konnten leider nicht alle seitens des Unternehmens geplanten Verschlechterungen abgewehrt werden.

Es trat ein:
 Arbeitszeitverlängerung für 241 Beteiligte zusammen 478 Stunden pro Woche,
 Lohnkürzung für 785 Beteiligte 1212 Mark pro Woche,
 sonstige Verschlechterungen in 83 Fällen für 1303 Beteiligte.

Insmerhin konnten aber auch bei den Abwehrstreiks 23 korporative Arbeitsverträge für 423 Beteiligte errungen werden, die wohl in den meisten dieser Fälle dem Unternehmertum direkt aufgezungen werden mußten.

An Kosten verursachten die Abwehrstreiks 862482 Mark.

5. Die Ausperrungen. Diefelben haben den Gewerkschaften im Jahre 1905 nicht unerhebliche Opfer verbracht. Es läßt sich aber schon jetzt behaupten, daß die Opfer, die den Unternehmern daraus erwachsen sind, unendlich größer sind, ohne daß die Ausperrungen doch den Zweck erreichen und erzielen haben, den sie erreichen sollten: Die Lohnkürzung oder die Zeitverkürzung der Gewerkschaften. Es geht dem kollektiven Unternehmertum mit seiner Ausperrungsstatistik wie einem Koldherrn, der seine ganze Zornesmacht vor einigen Hauptknechten seines Omeiers schledet, diesen auch wohl verurteilt und einige hübsche Verluste erleidet, es aber doch nicht hindern kann, daß immer immer wieder die feindliche Armee das ganze Gebiet nach und nach erobert.

Die Zahl der ausgesperrten Unternehmern beläuft sich auf 991. Diefelben kosteten 11794 Tage. Beteiligt waren an denselben 133069 männliche, 18591 weibliche, zusammen 151660 Personen. In die Streiklisten waren eingetragen 81671 männliche, 9228 weibliche, zusammen 90899 Personen. Die Summe der verlorenen Arbeitszeit betrug 1571199

bzw. 211677 Tage Arbeit veräumten und einen Verlust an Arbeitslohn von 6874360 Mk. aufzuweisen hatten.

Von den Ausperrungen verliefen 99 mit 28160 Beteiligten für die Arbeiterschaft erfolgreich. Teilweisen Erfolg für die Arbeiterschaft hatten weitere 141 Ausperrungen mit 45657 Beteiligten. Nur 91 Ausperrungen mit 68192 Beteiligten hatten für das Unternehmertum schließlich den gewünschten, für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Erfolg. Neben 31 Ausperrungen mit 17900 Beteiligten konnten die Verbände bezüglich des Ausgangs nicht berichten, in der Hauptsache deshalb, weil dabei nur ein kleiner Teil ihrer Mitglieder in Betracht kam, der bei Kämpfen in anderen Berufen in Mitleidenschaft gezogen war.

Unmäßige Verschlechterungen infolge der zunehmenden Arbeiterschaft verlassenen Ausperrungen sind nicht zu vermeiden; nur in 12 Fällen mit 769 Beteiligten trat eine ungünstige Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses ein, wovon aber die Arbeitszeit und die Lohnhöhe nicht berührt wurden.

Demgegenüber steht aber die besorgniserregende Tatsache, daß es den Gewerkschaftsorganisationen selbst in diesen ihnen zu ihrer „Vernichtung“ aufgedrängten Kämpfen gelungen ist, in 61 Fällen für 39339 Beteiligte korporative Arbeitsverträge zum Abschluß zu bringen! Statt Vernichtung der Arbeiterorganisation also Anerkennung und somit eine Stärkung derselben auch in moralischer Hinsicht! Auch sonst wurden noch materielle Erfolge bei den Ausperrungen erzielt.

Die 101 Ausperrungen kosteten den deutschen Gewerkschaften 1171504 Mark. Welche Verluste auf der anderen Seite die Ausperrungen verursacht haben, darüber gibt eine Statistik Kunde. (Schluß folgt.)

Situationsbericht für Dresden vom 2. Quartal.

Die Lebensmittelkürzung macht sich in Dresden besonders fühlbar. Werden doch hier die Lebensmittel noch einer besonderen kommunalen Besteuerung unterworfen. Rünf Mark pro Maß und das beträgt diese Belastung. Das die hiesigen Arbeiter angesichts ihres geringen Einkommens ganz empfindlich darunter zu leiden haben, ist ohne weiteres klar. Und so ist es verständlich, wenn an die hiesigen Arbeiter Forderungen gestellt wurden. Das war schon im Februar in einer großen Versammlung geschehen. Am 1. Juli sollten nun allgemeine Lohnzulagen erfolgen. Leider war das nur ein Geruch. Im Bericht für das zweite Quartal sagten wir schon, daß man an Stelle einheitlicher Lohnzulagen eine sogenannte Funktion, besser gesagt Gewerkschaft, eingerichtet hat. Das werden schon ein gutes Stückchen der Löhne verhindern, so ist die Situation jetzt noch größer. Niemand weiß, in welche Richtung er eigentlich geht. Kampf ist den Arbeitern jedoch nicht fremd. Das kam auch in den im Laufe des Quartals abgehaltenen Betriebsbesprechungen zum Ausdruck. Manch treffendes Wort über die „Arbeitsverhältnisse“ des Rates wurde da gesprochen. Allgemein wurde betont, nochmals einheitliche Forderungen den hiesigen Kollegen zu unterbreiten.

Am 15. September fand in der Zentralhalle wiederum eine Versammlung statt. Die ganze Situation und die Tatsache, daß die schon längst in Aussicht gestellte Reformierung der Arbeiter-Löhne und die damit verbundene Konzentration des Wahlrechts zu den Arbeiterausschüssen noch immer nicht erfolgt ist, hatte zu außerordentlichem Eifer dieser Versammlung geführt. Es mochten über 1500 hiesige Arbeiter anwesend sein, welche den gewöhnlichen Saal bis aufs letzte Plätzchen füllten. Da wir schon in Nr. 39 der Gewerkschaft hierüber berichtet, erübrigt es sich, nochmals darauf zurückzukommen. Wir wollen erwarten, daß die hiesigen Behörden den gestellten Forderungen bald Nachgiebigkeit zeigen. Im Gegensatz zum zweiten Quartal hat in dem verwichenen nur eine allgemeine Versammlung stattgefunden. Das hatte seine natürlichen Gründe. Dafür wurden jedoch eine ganze Reihe Versprechungen der einzelnen Betriebe und Bezirke abgegeben.

Gewisse Anzeichen referierte bei den Streikreimären über den Wert einer einheitlichen Organisation für die hiesigen Arbeiter. Diese Versammlung erweckte sich eines guten Eindruckes und hat die Streikreimären davon überzeugt, daß sie im Gewerkschaftsverband besser aufzutauchen sind, als im „hiesigen“ Handels- und Transportarbeiterverband. Die Tatsache, daß nur zwei Versammlungen während eines Vierteljahres stattfanden, konnte schließlich bei manchem die Meinung erwecken, daß das dritte Quartal ein ruhiges war. Das kann jedoch, wie gesagt, nur nach außen hin der Fall sein. Im Inneren herrschte vollkommene Intelligenz. Jedenfalls muß, auch verständlich zu werden, daß man den Arbeitern, die Tag für Tag von dem Zentrum auf der Straße, oder der Gasse, oder in den Bars und Gesellschaften erschreckt sind, nicht alle Fäden zusammen fassen, zwei oder drei Stunden den Versammlungen zu widmen.

Ehe wir auf das nächste übergehen, müssen wir noch einige Bestimmungen erwähnen. Wenn nicht die entsprechende Einführung des Achtstundentages für die Feuerhausarbeiter der Gasanstalt. Die monatliche Probezeit

hat sich so gut bewährt, daß das Betriebsamt die dauernde Einführung beifolgt. Das ist sehr erfreulich, indessen gibt es noch vieles zu verbessern. Die Bahn ist aber nun frei.

Von der Straßenreinigung wäre zu berichten, daß man jetzt anfängt, die „Uniform“ zu reformieren. So hat man schon eine neue Mütze eingeführt. Sie ist 185 Gramm leichter als die alte und das allerbeste an ihr ist: das ominöse große Rückenrad ist gefallen. Vier Buchstaben und das Stadtwappen verdrängen jetzt denselben Zweck. Hoffentlich verschwindet auch bald der blaue Mantel. Mit den zur Ausgabe gelangten Kelerinen glaubte man wahrscheinlich, den Arbeitern einen Dienst zu erweisen. Leider erlebte man eine Enttäuschung, denn die Arbeiter können abfolgt nicht den Wert der Kelerinen begreifen. Diese versehen vollständig ihren Zweck und obendrein sind sie nicht mal wasserdicht. Warum hat die Verwaltung nicht gleich Regenmantel, wie so oft schon gefordert, eingeführt? — Eine andere Sache darf auch nicht unerwähnt bleiben. Der Rat hatte für die Stadterwerbungen und Vertreter der Presse Verfügungen einer Reihe händischer Betriebe veranlaßt. Es wurden beauftragt die Verhältnisse der Schneemuldenanalyse, die Elektrizitätswerke, die Heil- und Pflegeanstalt (genannt die Tiede), das neue Wasserwerk in Lohweg sowie die Gasanstalt in Heil. Der Entschluß des Rates, auf diese Art den Stadtvätern einen Einblick in das Innere dieser Betriebe zu verschaffen, ist ja an sich sehr loblich. Leider werden bei solchen Anlässen die Betriebe sozusagen in Prädikament vorgeführt. Da wird vorher gelungelt gepunkt und geschneit, da werden Fischer, Glaser, Maler und Maurer anwesend. Hat ein Betrieb nicht genug von diesen Leuten anzuhören, werden sie von einem anderen Betrieb abkommandiert. Mit großen Quantitäten von Telfarbe ist man bemüht, die Schwärze der Küchenschubbe aus der Welt zu schaffen. Leder werden in die Wand gerissen, um Ventilation zu schaffen. Fensterrahmen werden eingestrichelt und die Bekleidung der Arbeitsplätze wird zu nie geahnter Heiligkeit geputzt. Nach diesen Vorbereitungen ist es dann kein Wunder, wenn die inspezierenden Stadtväter einen hoch vortheilhaften Eindruck von der „Wirtschaftlichkeit“ der händischen Betriebe erlangen. Seliger Potentat! Nun eigentlich können sich auch die Arbeiter dabei zufrieden geben. Denn mit einem Schlage wird ihre „Hude“, die lange, lange schon einer Renovierung bedürftig, in den Stand gesetzt. In dieser Beziehung haben derartige Erfahrungen wenigstens ein gutes.

Verder müssen aber die Arbeiter ein solches, unvollkommenes Bild von den wirklichen Zuständen erhalten. Sie glauben, es sei immer so sauber, so hell erleuchtet und so schön lustig. Würden sie nur einmal zu anderer Zeit und unangemeldet kommen, so würde ihnen wahrscheinlich manches in einem anderen Widerschein erscheinen. Wir wollen aber hoffen, daß die einzelnen Betriebsleitungen bemerkt sein werden, die Betriebe immer in solchen „Paradieschuld“ zu erhalten.

Nun zum finanziellen Ergebnis des abgelaufenen Vierteljahres. Es zeigt folgendes Bild:

Die Einnahmen an Beiträgen, Eintrittsgeldern, Delegierten- und Sekretariatssteuern, Zinsen	8455,44 Ml.
ergaben die Summe von	10111,58 „
hierzu der Bestand vom II. Quartal	14567,02 Ml.
ergibt eine Gesamteinnahme von	18567,77 Ml.

Die Ausgaben weisen folgende Posten auf:	
An die Hauptkasse	2351,23 Ml.
Die örtliche Verwaltung und Bezirkskassierer	1406,61 „
Agitation, Druckkosten	476,18 „
Virenumette, Beleuchtung zc.	320,— „
Unterstützung der Mitglieder	1316,— „
Sterbeunterstützung für Ehefrauen	170,— „
Für den Stammbuch der Hauptkasse	500,— „
Diverse, Porto, Arbeiterssekretariat	217,75 „
	6757,77 Ml.

Abschluß:

Gesamteinnahme	18567,77 Ml.
Gesamtausgabe	6757,77 „
Reibt Bestand	11809,25 Ml.
mehr gegen das vorige Quartal	1097,67 Ml.

Am Gegenstand zu diesem günstigen finanziellen Resultat ist die Mitgliederbewegung nicht so erfreulich. Wohl sind 115 Neuaufnahmen zu verzeichnen, aber nicht weniger als 95 sind wieder ausgeschieden. Eine Anzahl ist ja zum Militärdienst eingezogen, andere haben die Arbeit gewechselt, die größere Zahl jedoch mußte wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Diese Tatsache zeigt deutlich, daß viele Arbeiter den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben. Für jede Unannehmlichkeit wird der Verband verlangt, weshalb gemacht, und wie ein alter Mod an den Nagel gehängt. Dann wird geschimpft über falschen Verdienst, Schantonen der Vorgesetzten, lange Arbeitszeit. In ihrer Kurzsichtigkeit sehen viele nicht, daß damit nicht das allermindeste geändert wird. Sie bedenken nicht, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit große Geduld erfordert, und daß hier mehr wie anderswärts der Tag gilt: „Wer nicht faßt, der kann auch nicht ernten.“ Diese Erscheinungen

müssen beseitigt werden. Dabei kann und muß jeder mithelfen. Es genügt nicht, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt werden. Jeder Verbandskollege hat die Pflicht, die Mitarbeiter auf die Organisation aufmerksam zu machen, ihnen den Wert derselben zu erklären. Wenn sich von den jetzigen 1100 Mitgliedern jeder zur Aufgabe machte, dem Verband nur ein Mitglied zuzuführen, in kurzer Zeit hätte sich unsere Mitgliederzahl, und damit selbstverständlich auch unser Einfluß verdoppelt.

Kollegen! Wir müssen vorwärts kommen! Darum arbeite jeder, soweit in seinen Kräften steht, für die Organisation, im Interesse seiner selbst!

Die Stellungnahme unserer Bremer Kollegen zum Rubelohn-Gesetzentwurf für die bremischen Staatsarbeiter.

Daß die Arbeiter des Bremer Staates dieser Angelegenheit das größte Interesse entgegenbringen, ist nur zu begreiflich. Die am Dienstag, den 9. Oktober, im „Colosseum“ abgehaltene Versammlung war dem auch entsprechend besucht. Unser Verbands-Vorsitzender Albin Mohs-Perlin hielt das einleitende Referat. Er führte etwa folgendes aus: Die vorliegende Frage ist von den verschiedensten Seiten beleuchtet und lange genug in Erwägung gezogen worden. Die Beratungen in den verschiedenen Körperschaften haben sich einige Jahre hingezogen. In diesem Falle kann man wirklich sagen: „Was lange dauert, wird schlecht.“ Wurde doch die Pensionierung und Hinterbliebenen-Versicherung für die bremischen Staatsarbeiter schon im Jahre 1900 gelegentlich des sog. Staatsarbeiterantrages durch die sozialdemokratischen Bürgerlichkeitsmitglieder zur Debatte gebracht. 1902 kam die Sache an eine Deputation und 1903 stimmte dann endlich der Senat dem zu. Jetzt liegt nun, nach 3½-jähriger Arbeit der Deputation der Entwurf vor, der allerdings nur auf längst veraltetem Material aufgebaut ist. Die ganze mathematische Auslagelei durch die Ansarbeiter des Entwurfs wäre überflüssig gewesen, wenn man sich bei den in Frage kommenden Instanzen und Verwaltungen erkundigt hätte. Der ganze Entwurf ist nichts anderes als ein Abklatsch eines Teiles des Rombertischen Wertes. Wenn wir als Arbeiter mit solch altem Material, was bereits 5 Jahre zurückliegt, arbeiteten, dann würden diese Herren sagen, das Material ist ja längst überholt. Es muß besonders hervorgehoben werden und man neht es jetzt allmählich ein, daß der Arbeiter ein ebenso nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist, wie der Beamte. Nun liegt aber die Sache so, daß die Beamten keine Beiträge für ihre Pension zu bezahlen brauchen, trotzdem der Beamte schon besser bezahlt wird, wie der Arbeiter. Man sagt sich, wenn der Arbeiter etwas haben will, so mag er auch die Kosten mittragen. Damit setzt sich die Bremer Stadtverwaltung selbst mit der Ansicht jener Leute in Gegensatz, mit denen sie sonst einer Meinung ist: z. B. mit der diesbezüglichen Ansicht des Breslauer Bürgermeisters. In ihrem Entwurf erkennt die Staatsverwaltung an, daß die Bremer Staatsarbeiter nicht instande sind, sich von ihrem Verdienste Erlösparnisse zu machen.

In der ganzen Alters- und Hinterbliebenen-Versicherungsgewährung gibt es verschiedene Kategorien. Wir haben eine Zusammenstellung von 61 Städten, zu denen neuerdings noch einige hinzugekommen sind, so daß wir sagen können, wir haben gegenwärtig gegen 70 Städte, die Alters- und Hinterbliebenenversorgung an die Arbeiter gewähren. Von den 61 Städten erheben 55 keine Beiträge von den Arbeitern. Die Tabelle des Entwurfs, die auf die Höhe der Beitragsleistungen Bezug nimmt, hat heute keine Gültigkeit mehr, sie stammt nämlich schon aus dem Jahre 1901. Wenn eine Staatsverwaltung etwas machen will, womit sie glänzen möchte, dann hätte man doch von den Entwürfen anderer Städte das Beste vom Besten nehmen sollen. Das hat die Verwaltung aber nicht getan. Das Resultat des vorliegenden Entwurfs wird sein, daß die Mehrheit der Arbeiter nicht in den Genuß der Rente kommen wird. Wenn die Arbeiter dann nach ihrem Austritt aus dem staatlichen Arbeitsverhältnis 66 Pfg. für die Versicherung bezahlen sollen, dann können sie sich in jeder Privatversicherung versichern, dann brauchen sie den Bremer Staat nicht. Die Hinterbliebenenversorgung ist von der Bremer Verwaltung abgelehnt, weil im Jahre 1910 von Staats wegen die Hinterbliebenenversorgung in Kraft tritt. Was aber kleine Städte kennen, das sollte der Bremer Staat auch können. Es ist das alte Lied, wenn es sich um den Arbeiter handelt, dann wird immer die Finanzlage herangezogen. Man will immer was für die Arbeiter tun, aber durchgreifende Verbesserungen zu schaffen, das gibt es nicht. Den Arbeitern soll nun die Beitragsleistung dadurch schmalkhafter gemacht werden daß sie auf den Neck“ Anspruch hingewiesen werden. Wir sagen aber: Wenn der „Neck“ Anspruch erst durch Beiträge erkauft werden soll, so verzichten wir darauf. Nun mag es ja ganz schön sein, daß der Arbeiter in die Lage versetzt werden soll, die Versicherung einmal freiwillig fortsetzen zu können. Wenn man aber 400 Ml. als Rubelohn ansetzt, so ist das selbst dann eine Verschlechterung für

für treu geleistete Dienste in Form der Entlassung. Beweise kann man genügend zur Verfügung stellen. Und dann? Zu spät kommt Ihr zu der Erkenntnis, daß es mit der sogenannten „Lebensstellung“ nichts war. Bei jedem Versuch, wo anders Arbeit zu finden, bekommt man oftmals die Antwort: „Zu alt!“ Auch ein Beitrag zur heutigen Gesellschaftsordnung, trotz jener Kaiserworte von der gesicherten Existenz bis ans Lebensende.

Nun hört man so oft unter untern Verursachern: so wie es jetzt ist, ist es immer gewesen und wird es auch bleiben. Dem ist aber nicht so; die heute bestehenden Verhältnisse und Unterschiede in der menschlichen Gesellschaft haben geschichtliche Ursachen. Niemand ist von Natur zur Ansdichtheit bestimmt. Es gibt eben keine Herren und Knechte. Die heilige Schrift weist ja ausdrücklich darauf hin, daß alle Menschen Ebenbilder Gottes sein sollen. Man hat es in früheren Jahrhunderten bis zum heutigen Tage verstanden, das arbeitende Volk brutal zu unterjochen, um sich mit Gewalt die Macht anzueignen. Daher die Klassenkämpfe, die immer schärfere Formen annehmen, je mehr diejenigen, welche die Macht in Händen haben, sehen, daß sie durch die Solidarität und Stärke der Arbeiterbataillone mehr und mehr ins Hintertreffen geraten.

Gewiß, so lange die Kollegen teilnahmslos und gleichgültig dabinneben, sich um das, was in der Welt vorgeht, nicht kümmern, wird es so, wie es ist, bleiben. Aber in dem Moment, wo ihr Euch alle, gleichviel, ob Feuerarbeiter, Straßeneiniger, Müllner usw. in Gemeinde und Staatsbetrieben mit Euren Kollegen vereinigt, zusammenschließt, ist es möglich, die ganzen Arbeits- und Lebensbedingungen günstiger zu gestalten.

Wo liegt eigentlich die Wurzel unserer Kraft? Sie liegt in der Erkenntnis der Notwendigkeit unseres Zusammenblühes aller Kollegen in Staats- und städtischen Betrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Not drängen ja förmlich zu einer Vereinigung. Unsere Organisation wurzelt tief in den ökonomischen Verhältnissen, und dies garantiert ihren immer größer werdenden Aufschwung. So, wie sich die Unternehmer und Gemeinden zu immer größeren Verbänden koalieren, haben auch wir in unserem Interesse und dem unserer Familien uns zu vereinigen, um einen starken Wall zu bilden. Ob wir evangelisch, katholisch oder sonst irgend einer Konfession angehören, man möchte uns zu willenslosen Sklaven herabdrücken, wie sich das in Breslau, Stettin und anderwärts gezeigt hat.

Das Spiel in der Natur wiederholt sich auch in der menschlichen Gesellschaft. Von allen Bergen und Höhen rinnen die Tropfen, die Wäldern zu Äflüssen zusammen, und unaufhörlich plätschern die Wellen vorwärts zum Ziele, der Vereinigung, dem großen, mächtigen Strom. Es ist schwer in es manchmal, die tropfenden Wäldern in das richtige Bett zu lenken; haben sie sich aber erst mit dem Strom vereint, so werden sie widerstandslos von diesem mit fortgerissen. Auch die Organisation kann nur groß und mächtig werden, wenn alle Verursachern den Weg zu ihr finden, sich anzuschließen, nicht länger abseits bleiben und nicht wie Eigenbröckler in kleinen Organisationschen ihre Wege gehen. Auch Ihr, Kollegen, die Ihr in jenen Verbänden seid, die nur unter dem Deckmantel der christlichen Duldsamkeit Euch leithammeln, macht die Augen auf und seht, wohin Ihr geführt werdet! Hörgert nicht länger! Jeder Tag ist ein Abstrich von Eurem Leben! Ihr braucht daher mit den Naturbeispielen zu folgen, sie nur in ihrer äußersten Konsequenz nachzuahmen. Wer Augen hat zum Sehen und Ohren zum Hören, der gehe hinaus in Wald und Flur und belausche dort in ihrem geheimen Weben, betrachte die niedrigsten und einfachsten Urpflanzen, die Flechten und Moose, wie sie, untereinander eng verschlungen, sich gegen Sturm, Frost und Regen gegenseitig schützen, wärmen und schützen. Verhärtet daher durch Euren Anschlag die Weihen, so lange, bis wir stark genug sind, die Hindernisse zu nehmen. Mittelst die Sämnigen auf, die Träumenden und die Schlafenden, reißt die Gleichgültigen zum Kampfe mit, ermutigt die Jögierenden, peitscht die Trägern auf. Koch harret unserer eine ungeheure Aufgabe. Trage ein jeder dazu bei, so muß es uns gelingen, jenen Verhinderern, uns noch mehr wie bisher auszubeuten und zu unterjochen, entgegenzutreten mit dem Ruf: „Bis hierher und nicht weiter!“

Unserer aller Lösung muß sein: Hinein in die Organisation! Hinein in den Verband der städtischen Arbeiter! Schließt die Weihen! stampft Schulter an Schulter für die Befreiung der Arbeiterklasse, eingedenk jener Richterworte:

„Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,

Der täglich sie erobern muß!“

„Durch Kampf zum Sieg!“

Tegele.

H. W.

Notizen für Gasarbeiter.

Die neue Gasanstalt in Düren bei Breslau. Kürzlich fand durch die Mitglieder des Breslauer Komitees, der Betriebsdeputation und der Stadtdeputation eine Besichtigung der neuen Gasanstalt in Düren statt. Zunächst wurde auf den eigenen Bahnhöfen der Anstalt eine Fahrt bis zur Gohleauer Eisenbahn unternommen. Hier befindet sich der 2. Abzug an die Staatsbahn, von welcher täglich 40 Waggons Kohle und mehr übernommen werden. Im hinteren Teil der Anlage sind etwa 30.000 Quadratmeter Terrain für eine Müllverbrennungsanlage

reserviert und außerdem ist noch Raum vorhanden zur Anlage eines Gleises zum Anfuhr für etwa hinter der Anstalt existierende Fabriken. Mittels der Bahn werden die Kohlen vor das Eisenhaus gefahren, von wo sie durch eine einfache Vorrichtung direkt den Leuten zugeführt werden. Es sind im ganzen 30 Leuten mit 270 Motoren vorhanden, also ebenso viel wie in den anderen drei Breslauer Anstalten zusammen. Es können täglich 40 Waggons Kohle (zu je 10.000 Kilogramm) verarbeitet werden. Die Kohlenberanbeförderung geht das ganze Jahr über durch gleichmäßig voran. Da nur im Sommer weniger Gas gebraucht wird, so werden im Sommer etwa 1100 Waggons Kohlen aufgespeichert, die dann im Winter wieder mit verarbeitet werden. Die Leuten sind übrigens schon betriebsfähig und werden in drei Wochen unter Rube stehen. In jedem Leuten können 4500 Kubikmeter Gas erzeugt werden. Was die mit der Anstalt verbundenen Wohlfahrtsrichtungen anlangt, so ist für die Eisenhausarbeiter am Eisenhaus ein Wohlfahrtsheim angebaute worden, welches unten Waschküche und Wabräume, oben einen Ankleide- und Zweifelsaal enthält. Das allgemeine Wohlfahrtsheim ist für alle übrigen Arbeiter der Gasanstalt bestimmt. Es enthält zu einer Erde sechs Waschräume und Brausezellen, im ersten Stockwerk einen Ankleideraum mit 200 Sitzen, darüber wieder einen Zweifelsaal für 100 Personen und Küche und darüber eine Wohnung für den Verwalter. Das Verwaltungsgebäude enthält die Büroräume für die Betriebsleitung und die Masse für den Kleinverkehr und eine Fortbewohnung. Die Werkstatt ist noch im Bau begriffen und der Bau der Versuchsanstalt wird in nächster Woche in Angriff genommen werden. Die beiden Gasometer fassen jeder 110.000 Kubikmeter Gas. Die Kosten der Anstalt stellen sich auf acht Millionen Mark, wozu noch eine Million Mark für die Abfuhr nach der Stadt tritt.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Die Arbeiter und die Vertung der Arbeiter Groß Berlin haben eine außerordentliche Woche hinter sich. Den Kollegen war die Aufgabe gestellt, zu den bevorstehenden Ortsparlamenten Stellung zu nehmen und ihre Wünsche laut und vernünftig an jene Stelle gelangen zu lassen, die über die materiellen Forderungen der arbeitenden Arbeiter zu befinden hat. Ein vielversprechendes Intermezzo hat sich die Stadtratsordnungsversammlung von Berlin bereits damit geleistet, daß sie die sozialdemokratischen Forderungen auf Gewährung einer Teuerungszulage und Erhebung einer gewichtigen Kommission zur Vertung der Arbeiterlöhne ablehnte. Wir haben in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ den Vorschlag, die Berliner Stadträte gewürzt, es erubriert sich nur noch, darauf hinzuweisen, daß auch schon die Verwaltungsdeputation für das Teuerungswesen bezüglich der Vohnerhöhung eine ablehnende Stellung einnahm. Bei der Vertung dieses Orts hatte ein sozialdemokratisches Deputationsmitglied den Antrag gemacht, allen Arbeitern eine tägliche Vohnzulage von 30 Pf. und den Arbeitsbüchsen eine solche von 25 Pf. zu gewahren. Zu dieser Zeit konnten sich die kommissionenmitglieder vorläufig nicht aufschwingen, obwohl die Herren der Verwaltung eine Erparnis von 55.000 Mk. im Jahre 1905 erzielt hatten. In einer hart bedachten Versammlung der Straßeneiniger, die am Montag in den Armaballen tagte, war man über das Verhalten der Verwaltungsdeputation empört. Die Kollegen Wan und Schulz erhalteten ausführliche Referate über die Notwendigkeit neuer Forderungen, die unter stürmischen Kundgebungen zum Beschluß erhoben wurden. — Am Sonntag tagte eine Versammlung des Köhrensystems, in der Kollege Wan einen Vortrag über die Lebensmittelverteuerung und die städtischen Arbeiter hielt. Die Versammlung beschloß, die Abschaffung des Stundenlohnes, eine 10prozentige Vohnerhöhung und die Gewährung einer Teuerungszulage zu verlangen. — In einer hart bedachten Versammlung nahmen die städtischen Arbeiter von Charlottenburg Stellung zum Etat. Das einleitende Referat hatte Herr Kollege Wan übernommen, dessen Darlegungen über die sozialen Aufgaben der Gemeinden und der Schädlichkeit unserer Zoll- und Handelspolitik, die als die Ursache der Lebensmittelverteuerung zu bezeichnen sei, stürmischen Beifall entziffelten. Nach einer mit tragischen Momenten durchsetzten Diskussion, in der die Arbeiter schulderten, wie sie mit den paar Groschen Lohn leben müssen, wurde eine Resolution angenommen, welche die Erhöhung aller Löhne um 10 Proz. und die Zahlung einer Teuerungszulage verlangt.

Zu derselben Zeit, in welcher die angeführten Versammlungen stattfanden, wurden noch weitere anderer Verufe abgehalten. So hatten die Gasarbeiter in Schargeudorf, die Arbeiter des Zentralmagazins, die Kohlenplazaarbeiter zum Etat Stellung genommen. Alle diese Kollegen, bei denen Kollege Schulz referierte, stellten Forderungen, die sich im wesentlichen mit denen in der großen Meiler Versammlung aufgestellten decken. — Der Kollege Polenske sprach bei den

Gasarbeitern in Nieder Schöneweide, in Teagel, Müllerstraße, Gattschmerstraße, bei den Arbeitern der ostindischen Be-
 leuchtung, den Nischfeldarbeitern. Bei den Gasarbeitern der
 Langenstraße, sowie bei den städtischen Arbeitern der Gemeinde
 Schöneberg referierte Kollege Wühl. Kollege Krenzlow
 sprach in Mariendorf bei den Gasarbeitern, bei den Desinfek-
 teuren und bei den Arbeitern der Außenbetriebe der Englischen
 Gasanstalt, während Kollege Kiebig bei den Wasserwerks-
 arbeitern in Lichtenberg, Kollege Müller bei der gleichen
 Kategorie in Teagel und Kollege Dentschke bei dem Zen-
 tralamt des städtischen Ebdachs referierte. Eine am Sonn-
 abend in den Armmballen abgehaltene Versammlung der Park-
 arbeiter, Steindepot und Chauffeearbeiter, in der
 Kollege Füllmer sprach, hat sich ebenfalls mit Lohn- und Ver-
 handlungen beschäftigt. Dieselbe war zahlreich besetzt und von
 gutem Gange getragen. -- So hat uns die vergangene Woche ein
 reiches Maß von Arbeit gebracht, das gern bewältigt wurde, weil
 wir der Heberzeugung sind, daß so viel aufopfernde Arbeit und
 Mühe auf die Dauer nicht nutzlos verpufft sein kann. Die ma-
 terielle Verbesserung unserer Kollegenchaft ist eine unabwendbare
 Notwendigkeit, deren Erfüllung sich die Stadtgemeinden Groß-
 Berlin schon aus rein menschlichen Gründen nicht entziehen
 dürfen. Unser Feldgeschrei wird deshalb immer noch sein: Ge-
 währung eines Lohnes, der wenigstens ein menschenwürdiges
 Leben garantiert. Verkürzung der Arbeitszeit, um unse-
 rer Familie leben zu können, ungehinderte Ausübung unseres Wahl-
 rechts, damit wir nicht Staatsbürger zweiter Klasse zu
 sein brauchen.

Tresden. Zu der am 13. Oktober im Volkshaus abgehaltenen
 statt besuchten Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Odenhe
 Krahldorf über die Bedeutung der bevorstehenden Arbeiter-
 vertretungen zur Petriebrantentasse. Diese Wahlen seien von
 nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auf dem Gebiete der
 Krankenversicherung sei noch sehr viel fruchtbringende Arbeit zu
 leisten. Auch hier habe der Arbeitervertreter Gelegenheit, im Inter-
 esse der Allgemeinheit tätig zu sein. Treffend zeigte er, daß die
 bei der Gründung der Masse gebeten Hoffnungen, es werde den
 Massenmitgliedern etwas Besseres geben, sich nicht erfüllten.
 Auf die Artweise eingehend, stellte er sich auf einen kritischen ab-
 wehrenden Standpunkt der freien Auswahl gegenüber. Er empfahl bei
 der Petriebrantentasse, welches beiden Seiten gerecht werde. Neben
 seine keine Annehmlichkeiten dahingehend zusammen, daß die zu
 wählenden Vertreter Männer mit feinem Instinkt sein müßten.
 Auf die Artweise eingehend, stellte er sich auf einen kritischen ab-
 wehrenden Standpunkt der freien Auswahl gegenüber. Er empfahl bei
 der Petriebrantentasse, welches beiden Seiten gerecht werde. Neben
 seine keine Annehmlichkeiten dahingehend zusammen, daß die zu
 wählenden Vertreter Männer mit feinem Instinkt sein müßten.
 Auf die Artweise eingehend, stellte er sich auf einen kritischen ab-
 wehrenden Standpunkt der freien Auswahl gegenüber. Er empfahl bei
 der Petriebrantentasse, welches beiden Seiten gerecht werde. Neben
 seine keine Annehmlichkeiten dahingehend zusammen, daß die zu
 wählenden Vertreter Männer mit feinem Instinkt sein müßten.

Zunächst erbatte man Kollege Fekold Bericht über die
 Tätigkeit der Arbeitervertreter in der abgelaufenen Wahlperiode.
 Mündliche Auseinandersetzung mit dem Gemeindevorstand habe es ge-
 geben. Einmal habe es ganz energischen Eingreifen der organi-
 sierten Vertreter bedurft, um Verschlechterungen abzuwehren und
 keine Verbesserungen einzuführen. Sollten es nicht den Nachbarn
 durch die Organisation gehalt, so wäre ihnen dies nicht möglich ge-
 wesen. Fekold gibt sodann die Wahlfrage der einzelnen
 Wahlabteilungen bekannt und ermahnt die Kollegen, auf die von
 der Organisation vorgeschlagenen Kandidaten alle Stimmen zu ver-
 einzeln. Diese wären dann, getragen von dem Vertrauen der Kol-
 legen, in der Lage, energisch für die Interessen der Mitglieder ein-
 treten zu können. Am Gewerkschaftlichen weist Fekold darauf
 hin, daß der Achtundzwei für die Feuerhansarbeiter in den Was-
 seranstalten nun ebenfalls eingeführt sei. Das sei wohl zum weitest-
 lichen dem Eingreifen der Organisation zu danken. Um noch
 weitere Erfolge zu erzielen, sei notwendig, daß jeder neue Streiter
 seine nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:
 „Die öffentliche Versammlung der Mitglieder der städtischen
 Petriebrantentasse erklärt: Es liegt kein Bedürfnis vor, von
 dem jetzt bestehenden arztlichen Dienst etwas wesentliches zu
 ändern. Insbesondere protestiert die Versammlung gegen die
 Übertragung des arztlichen Dienstes an den Verein für freie
 Auswahl, weil dieses ein Aufheben der Selbstverwaltung der
 Massenmitglieder wäre. Es soll den Massenmitgliedern allein über-
 lassen bleiben, zu bestimmen, welche Ärzte bei der Petrie-
 brantentasse zugelassen werden. Die neu zu wählenden Vertreter
 der Massenmitglieder zur Generalversammlung werden kom-
 munit, daß am besten Fall von diesem vorgezeichneten Standpunkt an-
 drängen zu können.“

Tüfteldorf. Mehrere Kollegen in den verschiedenen städtischen
 Betrieben haben sich an einem zu verbinden, ihre Lohn- und
 Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Es ist bekannt, daß trotz des
 Preisrückganges der Rohstoffe, die im Herbst über
 die städtischen Arbeiter niederkam, die Löhne nicht mehr
 herabzusetzen zu können waren. Ein großer Teil der Arbeiter hat
 von der im Herbst statt genommenen Lohnveränderung nichts per-
 ceptiert, ein anderer Teil wurde nur mit Verkürzungen von 10, ja 5 Pf.
 bestraft. Ein jeder hoffte nun mit dem herannahenden Preisrückgang
 auf dem Verensmittelmarkt vorantreiben können und sagten, daß
 diese „Vorteilnehmungen“ kein Ausgleich gäben der Steigerung

der Lebenskosten und des Einkommens der städtischen Arbeiter dar-
 stellen. Während in der Privatindustrie die Unternehmer sich be-
 quemen mußten, Lohnveränderungen von 20 und mehr Prozent für
 ihre Arbeiter einzutreten zu lassen, glaubte die Stadtwirtschaft
 immer und immer wieder ihre Schuldigkeit getan zu haben, wenn
 die Löhne „ihre“ Arbeiter um 2 bis 10 vom Hundert erhöht werden
 und eine recht hohe Summe aufmarschieren läßt, die man behufs
 Verbesserung der Lohnverhältnisse bewilligen mußte.

Um die Arbeiterpolitik unserer Stadtgemeinde würdigen zu
 können, sei, von der Entlohnung ganz abgesehen, nur anzuführen,
 daß den städtischen Arbeitern mit Ausnahme des Fahr-
 personal der Straßenbahn kein Sommer- bezw. Erholungsurlaub
 gewährt wird. Verens 56 deutsche Städte haben diese Einrichtung
 mehr oder minder ausgeübt -- für ihre Arbeiter getroffen,
 darunter Städte, die an Bedeutung in sozialer und finanzieller
 Hinsicht weit hinter Tüfteldorf zurückstehen. Wir erinnern da nur
 an Pommern, Menden, Freiburg i. P., Oera, Jüterburg, Ravens-
 berg, Reichenbach, Neutzingen, Ulm usw. Selbst in den rheinischen,
 also benachteiligten Städten wie Pirmasens, Elberfeld, Mohl, Sagen
 usw. ist man dazu übergegangen, auf diesem Gebiete etwas zu
 leisten. Dort beträgt der Urlaub bis zu einer Woche. Die Arbeiter
 der Gasanstalt, des Elektrizitätswerkes, der Straßenbahn, des
 Wasserversorgungsbauwes, gedenken nun den Antrag bei ihrer Verwaltung einzu-
 bringen, den alten und voll beschäftigten Arbeitern einen Erholungs-
 urlaub zu gewähren und zwar nach 1 Dienstjahr 3 Tage, nach
 3 Dienstjahren 5 Tage und nach 5 Dienstjahren 7 Tage.

Verleumdungen konnte die Forderung wohl nicht ausfallen. Es
 ist zu begrüßen, daß die Arbeiter der Werke, gestützt auf unsere
 Organisation, den Antrag auf Urlaub nach einheitlichen Gesicht-
 punkten formuliert haben, so auch nach außen hin das gewerkschaft-
 liche Zusammenarbeiten demonstrierend.

Die Stöcker der Gasanstalt beantragen für sich einen Anfangs-
 lohn von 4,80 M., steigend pro Jahr um 20 Pf. pro Tag bis zu
 5,40 M. Die schwere, gesundheitsgefährliche Arbeit dieser Leute,
 die in größter Höhe unter größtmöglicher Anstrengung verrichtet
 werden muß, lassen eine derartige Forderung als berechtigt er-
 scheinen. Es kommt noch hinzu, daß die Stockhausarbeiter bei der
 letzten Lohnregelung infolge ihrer Beschäftigung wurden, als für sie das
 Dreihundertstimmige zur Einführung gelangte. Eine Erhöhung ihres
 Lohnes trat nicht ein. Und dabei begründete man die Neuregelung
 der Lohnverhältnisse, indem man die Zulagen als Leistung-
 zulage bezeichnete. Außerdem wünschden die Stöcker eine Er-
 leichterung ihrer Arbeit derart, daß der ihnen bei Einführung des
 Dreihundertstimmigen entzogene vierte Mann in der Kolonne wenigstens
 während des Sommerhalbjahres wieder zugebilligt wird. Sie be-
 gründen diese Forderung damit, daß die Arbeit an den Leuten bei
 der jetzigen Zusammensetzung der Kolonnen, deren jede aus drei
 Mann besteht, in den Sommermonaten zur wahren Höllequal
 werde. Chmachtenfälle sind schon zu verzeichnen gewesen. Die
 Mehrzahl der Stöcker wünscht, diese Forderung als erste behandelt
 zu sehen. Die Forderung von 20 Pf. pro Tag, eine veraltete, durch
 nichts zu begründende Form von Lohnzahlung, soll in Wegfall
 kommen.

Für die Moblenfabrik der Gasanstalt, die Deitzer und Maschi-
 nisten der Elektrischen Zentrale befehlt heute noch die 12stündige
 Tages- und die 24stündige Wechselarbeit. Die Arbeiter verlangen
 Abschaffung dieser unmenselichen Arbeitszeiten und hierfür Ein-
 führung der gleichen Arbeitsverteilung wie in den Retortenbauern
 der Gasanstalt. Vor allem soll der sogenannte „Rückwandquartier“
 fallen. In Mohl, Münden und einer Reihe anderer Städte hat
 man für das Maschinenpersonal der Elektrischen Zentrale eine
 neunstündige Tages- und Wechselarbeit eingeführt, wodurch der
 Beweis erbracht ist, daß es technisch wohl durchführbar ist, eine
 kürzere Schichtdauer an Stelle der unzumutbaren 12- und 24stün-
 digen Schichten zu setzen. Für die Moblenfabrik wird ein Tages-
 lohn von 1,20 M. beginnend, steigend pro Jahr um 20 Pf. bis
 5,00 M. in Vorschlag gebracht.

Die Hilfs- bezw. Hofarbeiter sind in allen Betrieben die
 schlechtest entlohene Arbeiterkategorie. Bei schwerer mühseliger
 Arbeit, als welche besonders das Moblenmachen zu bezeichnen ist,
 verdienen die Arbeiter 3,50 M. bis höchstens 3,70 M. Die Lohn-
 zulagen erfolgen nach Günst. Eine erhebliche Minderhaltung macht
 sich unter diesen Arbeitern bemerkbar. Die Leute kommen und
 gehen. Die Hofarbeiter der Straßenbahnbetriebsstätten erreichen
 den für sie vorzuziehenden Höchstlohn erst in zehn Jahren. Sie ge-
 denken nun mit ihren Kollegen der anderen Betriebe den Antrag
 zu stellen, folgendes zu bestimmen: Anfangslohn 3,50 M., nach
 einem halben Jahre steigend auf 4 M., sodann steigend pro Jahr
 um 10 Pf. bis zum Hochlohn von 5,50 M. Die Hofarbeiter der
 Elektrischen Zentrale verlangen Gleichstellung mit den Arbeitern
 der gleichen Kategorie in der Gasanstalt. Die Mauerer beider Werke
 beantragen für sich einen Tagelohn von 5,80 M. Sie begründen
 ihre Forderung mit dem Hinweis auf die Löhne im Bauwesen,
 welche die Mauerer 62 Pf. Stundenlohn erhielten. Der jetzige
 Lohn beträgt 5,20 M. und unter den Bauarbeitern macht
 sich eine Paranoia bemerkbar. Solange existieren die Er-
 höhung des Arbeiterlohns auf 5,70 M.

Werde die Forderung der achtstündigen Schichtlohn stellen zunächst die
 Arbeiterkategorie zu stellen seien. Es ist nun anzunehmen, welche
 Antwort demselben erteilt wird. Doch die Arbeiter nicht mehr
 gefordert haben, geht daraus hervor, daß sie die Forderungen betr.

Rundschau.

In Nr. 41 des „Correspondenzblatt“ befindet sich eine Notiz über den bevorstehenden Anschluß der Straßenbahner an den Handels- und Transportarbeiterverband. In derselben wird unter anderem bedauert, daß die Redaktion der „Gewerkschaft“ einem nur der Zerstückelung dienenden Artikel Aufnahme gewährt habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß der vom Kollegen Sebald-München verfaßte Artikel in sachlicher und objektiver Weise versucht hat, das Für und Wider des Anschlusses der Straßenbahner an die in Frage kommenden Verbände (Handels- und Transportarbeiterverband, eigener Straßenbahnerverband, Gemeindearbeiterverband) zu erörtern. Die vom „Correspondenzblatt“ angeordnete Vorlesung war uns übrigens nicht bekannt. Mittlerweile dürfte die Entscheidung in München erfolgt sein und die Angelegenheit ist damit erledigt. Aus diesem Grunde enthalten wir uns weiterer Erörterungen, zumal der Meinung sind, daß die unerquicklichen Grenzstreitigkeiten durch die Entwicklung und nicht durch Polemiken entschieden werden. Zur die Redaktion lag jedenfalls keine Verpflichtung vor, eine Beschränkung der Meinungsäußerung eines unserer tätigen Mitglieder vorzunehmen. Wenn die Vorstandskommision von 1904 herangezogen worden ist, so geben wir dem „Correspondenzblatt“ zu bedenken, daß schließlich auch die Resolution unseres Verbandstages in Mainz 1906 erinert, deren Direktiven die Redaktion der „Gewerkschaft“ nicht außer Acht lassen kann. Wir werden natürlich nach wie vor bemüht sein, diese Dinge in loyaler Weise zu behandeln. Die Redaktion.

Die Sonderstellen-Inhaber. Von den mitorganisierten Hülfs-, 1. und 2. Schreibern der Revier-Inspektionen Berlins ist kürzlich eine Petition eingereicht worden. Aus der Einleitung sei folgendes niedriger abgehandelt:

„Im Interesse des Dienstes wäre es erwünscht, für die Schreiber usw. im Gegensatz zu dem Arbeiterpersonal eine Sonderstellung zu schaffen. Die Untergestellten lehnen es ab, sich mit den Arbeitern bzw. deren Verband solidarisch zu erklären und mit Forderungen an die Direktion heranzutreten.“

Ohne Fortleitung und ohne dem den Arbeitern zugeständenen Ausmaß, der in mündlicher Verhandlung mit der wohlwollenden Direktion die Interessen der Arbeiter betrifft, erlauben wir die Zurückverweisung auf diese Weise mit ihren Wünschen vorzugehen, in der freundlichen Erwartung, daß die beherrschende Direktion dieselben einer geeigneten Prüfung unterzieht. . . .“

Diese Sätze kennzeichnen zur Genüge, welche Geisteszustände die Petenten und der Verfasser dieses Produktes sind.

Was nun die Schaffung der Sonderstellung anbelangt, so wird diese bereits in der Praxis ausgeübt. Werden doch die Revierschreiber in ihrem Wahne von den einzelnen Inhabern, unterstellt, damit letztere desto geschicktere Leute um sich haben. Dabei ist der größte Teil aus den Arbeitern herangezogen. Als wären sie in der großen Zahl vorhanden, können sie es mit ihrer Ehre nicht mehr vereinbaren, gemeinsam mit den Arbeitern um Erreichung besserer Verhältnisse zu kämpfen. -- Die Ausbildung des Arbeiterpersonals ist ja zu verstehen, denn dieser befindet sich in den Händen organisierter Kollegen. -- Wenn jedoch die Direktien Interes verfechten würde, müßte sie die Petition zurückweisen. Denn das Schreiberpersonal unterliegt gleichfalls der Arbeitsordnung. Alle Anträge müssen durch den Arbeiter-Ausschuß vorgeschickt werden. -- Nun können allerdings die Herren Sonderstellen-Inhaber noch immer nicht begreifen, daß auch sie Lohnarbeiter sind. Doch die Zeit wird auch diesen lehren, wohin sie gehören.

Wenn weiter in der Petition, „gibt“ gewisse Selbständigkeit, Zuverlässigkeit und Verantwortung“ zu werden, so verlangt der Verantwortliche dieses ohne weiteres von jedem. Wer die größere Verantwortung hat, wird durch den Anhang der Dienstaufsicht unter Hinweis auf die Strafparagrafen des Gesetzes den Rebellieren und Schmeicheleiern klar und deutlich vor Augen geführt. Ferner wird hervorgehoben, daß die ersten Schreiber indirekt als Vorgesetzte angesehen werden. Dies hat sich auch bereits auf die Hülfschreiber übertragen. Sind doch in einem Revier Bekanntmachungen, betreffend innere Revierangelegenheiten, von einem dieser Herren mit „A. A.“ und Namen unterschrieben gewesen. Vom Publikum als Beamte angesehen zu werden, müssen sie sich schon in diese Ehe mit Arbeitern in blauen Hosen stellen! Dieses wird den „adretten Erbsenmännern“, welches besonders von den „lang gekochten“ hervorgehoben ist, nicht gerade sehr angenehm sein. Bedauerlich ist nur, daß eine solche Petition auch einige Verbandskollegen unterzeichnet haben. In einer Versammlung der Revier-Inspektionen und diese Zwecke-Inhaber in denen unverzüglich ausgeschlossen werden.

Eine allgemeine Arbeitsordnung besteht zuerst in folgenden Stadtgemeinden: Augsburg, Demau, Dresden, Auerburg, Gorb, Hanau, Jüterburg, Markersleben, Moll, Ludwigsdorf, Mainz, Magdeburg, Mannheim, Mühlhausen, Rastatt, Regensburg, Straßburg, Stuttgart, Tübingen, Weimar, Wiesbaden, Würzburg.

Die ungenügende Bezahlung der Arbeiter in den Staatsbahnbetrieben hat zu einem empfindlichen Arbeitermangel auf den Strecken (z. B. bei Kirsheim), in den Güterbahnhöfen (auch in Frankfurt a. M.) geführt. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wenden sich die Arbeiter lieber den besser zahlenden Privatbetrieben zu.

Gefährlichkeit unseres Berufes. Durch eine Explosion schwer verbrannt wurde bei der Pumpstation angeheulte 34jährige Arbeiter Josef Gengler aus der Pantelmannstraße 11 zu Charlottenburg. In Gemeinschaft mit zwei Kollegen war Gengler gegen 11 Uhr nachts damit beschäftigt, den unter dem Soljufer entlang führenden Kanal von angehäuftem Sand zu befreien und in den mehr als drei Meter tiefen Schacht vor dem Hause Soljufer 21 eingestiegen, während seine Kollegen am Rande des Schachtes standen und ihr Augenmerk auf einen in den Kanal eingeführten Reinigungsapparat gerichtet hatten. Mann hatte Gengler seine Arbeit in der Tiefe in dem etwa 30 Zentimeter hohen Abflusswasser sitzend begonnen, als eine furchtbare Explosion stattfand, die vermutlich durch Benzin oder ähnliche Lele, die von einer Kabrit in den Kanal geflossen waren und sich an der über dem Schacht auf der Straße aufgestellten Kettelampe entzündet hatten, verursacht wurde. Die Explosion war so heftig, daß die beiden obenstehenden Arbeiter entsetzt zur Seite stürzten, während Gengler aus den Flammen, die mehr als ein Meter hoch aus dem Schacht emporstiegen, stark verbrannt über die steigenden Kettelampe und das Arie zu gewinnen suchte. In dem Augenblick, als aus dem brennenden Schacht die Hände Genglers sichtbar wurden und der Mann schon völlig erschöpft in die Tiefe zurückzufallen drohte, griffen seine beiden Kollegen zu und entzogen ihn dem Flammenode. Das Feuer wurde von den Arbeitern mit einem Hydranten gelöscht. Gengler mußte, an beiden Armen und im Gesicht erheblich verbrannt, die Hilfe der Unfallstation in Anspruch nehmen.

Der Brandenburgische Städtetag, welcher dieser Tage in Müritin tagte, nahm eine Resolution an, welche die Aufmerksamkeit der Regierung erneut auf die anhaltende Verschlechterung lenkt und ersucht, diesen Mangel durch Gewährung einer Erleichterung der Viehfahrt und des Viehtransports. Wenn die Herren Vizepräsidenten und Gemeindevorsteher nur in ihrer Stadtverwaltung den gleichen Eifer bekunden müßten! Damit wäre den städtischen Arbeitern schon besser gedient, als mit diesen platonischen Resolutions!

Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen werden auch in diesem Winter von der Vereinigung Studentenschaft der Universität Berlin veranstaltet. Sie wollen den Hören, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, Gelegenheit bieten zu einer gründlichen Ausbildung in den Elementarfächern: Deutsch, Rechnen, Geometrie und Geographie. In erster Linie sollen die Teilnehmer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen.

Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Universität erteilt. Das Unternehmen wird geleitet durch eine aus ihrer Mitte gebildete Kommission unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Höer. Beginn am 5. November. Anmeldungen von 25. bis 27. Oktober, abends 8-9½ Uhr, Rüdigerstr. 9, links part. Wie können diese Kurse unseren Kollegen in jeder Beziehung empfehlen.

Anfragen und schriftliche Mitteilungen sind zu richten an den Schriftführer der Unterrichtsliste, Herrn stud. jur. Erich Muttner, W. 15, Kurfürstendamm 184 III.

Staubesdüffel. Einen ganz eigenartigen Staubesdüffel zur Schau zu tragen beliebt einigen bei der Stadt Berlin beschäftigten Gärtnern. Vorweg sei bemerkt, daß dieselben von der Stadt nicht als Gärtnern, sondern einfach als Arbeiter, die ev. gärtnerische Arbeiten verrichten, geführt werden. Anstatt sich nun, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, der zuständigen Organisation anzuschließen, haben es einige der Herren Gärtnern für nötig befunden, zur Staubesdüffel ihre Zukunft zu nehmen.

Allen Warnungen zum Trotz geben sie ihre eigenen Wege und erwarten von den freisinnigen Stadtverordneten, daß ihre Staubesdüffel ein bedeutendes verbessert wird. Wieviel diese Vereinigung von der sozialdemokratischen Fraktion erwartet, o Wunder über Wunder, erhellt wohl zur Genüge aus dem Ansuchen eines Mitgliedes bei dem Beinh der Verbandszugehörigen in einer Sitzung des Sondervereins. Dieser Herr spricht bei dem Erscheinen der Gäste das staubesdüffel Wort: „Nun kommen die verfluchten roten Dünne, ich gehe jetzt.“ worauf er das Stimmzettel verliert.

Anfolge der übergroßen Verdrängung einzelner Gärtnern, die es verstehen, den Kollegen die Falschheit in der verdrehten Weise mündgerecht zu machen, und infolge des hohen Betrags von einer halben Reichsmark monatlich ist es ein leichtes gewesen, ein Drittel aller in Betracht kommenden dem Aufmarschverein zuzuführen.

Die Antwort auf die Petition der Partihallenarbeiter sollte den Herren doch wenigstens das Gefährliche ihrer Handlungsweise klar-

legen, aber alles umsonst; auch hier läßt sich das Wort „gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“ recht passend verwenden. „Am, Kollegen alle, die ihr Solidaritätsgefühl besitzt, an Euch ist es, den Herren, die doch auch Kollegen sind und sich auch als solche fühlen müßten, den richtigen Weg zu zeigen, wieder und immer wieder auf die Schwachmütigen aufmerksam zu machen, die durch diese Zersplitterung der ganzen nordischen Arbeiterkraft im Allgemeinen und den Arbeitern in der Faktverwaltung im Besonderen zugefügt werden. Haltet treu zum Verband, denkt an den gewaltigen Ausbau desselben und zeigt vor allen Dingen, daß ihr als freie Arbeiter kein Ansehen empfindet, reagiert auf seine Provokation und denkt daran, daß diese nur dazu dienen soll, um unangenehme Andersgefehlten eine Falle zu stellen. Vermeidet die Fittal- und Zettungsverfammlungen noch besser als es bis jetzt geschieht, orientiert Euch vor allen Dingen über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses, kommt zur Versprechung Eurer Wünsche und kämpft nicht im geheimen, was ja doch zwecklos ist. Werbt Mitglieder für den Verband, dem dazu seid ihr in eigenem Interesse gezwungen, nehmt Euch an dem gewählten Tag- und Abendtag für die Gewerkschaft ein leuchtendes Beispiel, und wir alle werden schneller zum Ziele kommen.“

Streikbrechermarkt. Wenn bei einem Streik oder einer Ausperrung die bekannten, sich oftmals aus dem bewerkten Gewerkschaften zusammensetzenden Elemente ihre im kapitalistischen Sinne nützliche, staatsverhaltende Tätigkeit ausüben, so wird manchem Unternehmer angst und bange über die „miserable“ Rufarbeit, die ihm dann oftmals für schweres Geld „geliefert“ wird, vorausgesetzt, daß die Herren Streikbrecher es nicht vorziehen, überhaupt nichts zu machen und ihre „Mission“ schon für erledigt halten, wenn sie überhaupt nur mit ihnen werden. Verkauft haben den Platz auszufüllen. Meistens aber haben die Unternehmer ein großes Interesse daran, den dadurch erlittenen Schaden zu verheimlichen. Es kommt darum nicht oft vor, daß die Gewerkschaften etwas davon erfahren. In diesen Ausnahmefällen gehören die folgenden. Die gegenwärtig in der Tagespresse die Runde machende: In der Stadtverordnetenversammlung zu Augsburg gab der Vorsitzende eine Erklärung über die Streikbrecherarbeiten, die jedoch war und dabei noch einmal gemacht werden mußte. In ihrem Geschäftsbericht stellt die Arbeitervereine durch ihre Unachtsamkeit einen kolossalen Schaden an den Maschinen verursacht haben, so daß die Fabrik für die nächsten Monate verunreinigt werden mußte. (So was ist allerdings hart.)

Der dem gegenwärtigen Winterstreik in Augsburg als Streikführer bezeichnete Arbeiterleiter sollte eine große Rolle spielen. Er überließ schließlich dem Unternehmer wegen Paragrafenstrafen abzugeben, laßen. Monumental übertrieben!

Christliche Gewerkschaften sind nicht mehr da! Das steht jetzt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ein, indem es zur Frage der Einigung der Gewerkschaften, formenlos korrespondieren. Wenn auch die christlichen Vergleiche werden nicht mit einem solchen neutralen Weisener nicht zufrieden geben und der ganze Teil von ihnen wurde mit Recht eine Organisations nach in n. Grundfragen, läßt sich. Eine Zentralisierung der Gewerkschaften ist unter den jetzigen Verhältnissen ein Hindernis. Die durch die Formularität des Einigungsgedankens wird im Arbeiter nicht sein bei den schwarzen Dichtern, das sie sich dieses Gedankens haben entschließen können. Da verhält man sich, wobei sich die Zentralisierung mit diesem Gifer gegen die Einigung ins Zeug hat unter der Führung August Reuß, des vom Gewerkschaften Abgeordneten.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hillquit. Uebersetzt von Karl Müller-Wernberg. XVI und 358 Seiten. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk. Für Vereine ermäßigte Preis. Verlag von J. S. W. Metz Nachfolger in Stuttgart.

Viele Genossen haben bis dahin vergeblich versucht, den scheinbaren Widerspruch zu lösen, der darin bestand, daß in dem „Freiesten Lande“ der Sozialismus nicht recht gedeihen wollte bevorzugen Jahren. Trotz der enormen Kapitalkonzentration in Amerika, trotz der Millionenzahl der Proletarier ist das Ansehen bewußten der amerikanisch ausbeuteten Schichten erst jetzt im Westen begriffen. Einen Schlüssel zum Verständnis dieser Vorgänge bringen wir jetzt endlich in dem obigen Buch, welches chronologisch die Schwierigkeiten darstellt, die sich dem Gedeihen des Sozialismus in Amerika bot. Wie eine Epidemie möchte man fast sagen, ergriff eine bestimmte Bewegung in Amerika die Massen, um vornehmlich nach einem Zeit wieder abzufließen. Dies wird besonders anschaulich geschildert bei der „Arbeiterbewegung“, dem Aufschwung des Lebens der „Mutter der Arbeit“ und anderer Massenbewegungen.

Aber auch die Zersplitterung im eigenen Lager haben vielfach hemmend gewirkt. Unausgesetzt vollzogen sich „Spaltungen“ innerhalb der Partei, die zu Neugründungen führten; alle natürlich von mehr oder minder kurzer Lebensdauer. Viel zwingender entstanden auch durch die periodische gegenseitige Bekämpfung von Partei und Gewerkschaft. In dieser Beziehung ist Amerika ein rechtliches Schulbeispiel, wie man es nicht machen soll. Großen Einfluß hatten zeitweilig die kommunistischen Anarchisten innerhalb der Arbeiterbewegung. Den Höhepunkt dieser Stimmung kennzeichnet der in jeder Beziehung merkwürdige Justizmord von sieben Anarchisten in Chicago. In letzter Zeit ist die Entwicklung des Sozialismus gleichmäßiger und schneller vor sich gegangen und hat auch die anarchischen Bestrebungen fast ganz lahm gelegt.

Ausdrücklich wie die Entwicklung des Landes der „unbegrenzten Möglichkeiten“ ist auch diejenige der sozialistischen Parteien. Das kommt besonders in den Experimenten der utopischen Sozialistengemeinden zum Ausdruck. Im ersten Teil des Buches, welcher eine ausführliche Darstellung dieser kommunistischen Gemeinden gibt, ist besonders die Zeit von 1890 bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts reich an solchen Versuchen, den Kommunismus in die Praxis umzusetzen. Die Vorbereitungen, billiger und jungfräulicher Boden usw., waren aber auch zu verlockend. So entstanden die religiösen Sektengemeinden mit kommunistischer Lebensweise. So konnte hier der große Uwen in der Zeit von 1825 30 seine Gemeinden gründen. Dazu kamen die „Shalangen“ von Kewier von 1840 50 und endlich die auf den Französischen Gabel fußenden itarischen Gemeinden in den fünfziger Jahren. Die Schulerung all dieser kommunistischen Gemeinden sagt nahezu die erste Hälfte des Buches und ist derart interessant, daß sie unsere Erwartungen von vielen Lesern mit Begeisterung und Sehnsucht verschlungen werden dürfte, trotz der zahlreichen Mißerfolge, die sich in diesen Einsparstellungen widerspiegeln.

Außer den in der älteren sozialistischen Literatur Bewanderten sind auch die Einzelfälle vieler Persönlichkeiten aus den Anfängen der Arbeiterbewegung eine interessante Aufzählung. Mancher neue Zug der Bewegung, Kewier, Uwen, Kott und vieler anderer finden in dem Buche Beachtung. Alles in allem ein empfehlenswertes Buch, das eine Lücke in der sozialistischen Literatur ausfüllt.

Die Neue Zeit. Wochenblatt der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Heft 1 3 des 24. Jahrgangs. Preis pro Heft 20 Pf., pro Quartal 3 25 Pf.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Nr. 20 und 21. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 30 Pf., unter Mitbewand 85 Pf., Jahresabonnem. 2 90 Pf.

Kommunale Praxis. Verlag: Paul Zinger in Berlin. Nr. 11 und 12. Einzelne Nummern 20 Pf., Preis vierteljährlich 2 50 Pf.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenblatt. Herausgeber: Dr. Heinrich Mann und John Mann. Verlag: Berlin SW. 15. Monatsheft 5. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1 20 Pf., 2 Jahrgänge Heft 2 bis 4.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Reimer. Nr. 1 und 2 des 10. Jahrgangs.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsheft des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Reimer. Berlin. Nr. 1 des 12. Jahrgangs.

Lehrerblatt für Arbeiter-Verführer. Verlag: Dr. Ed. Schnapper. Frankfurt a. M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 7 Pf. pro Jahr. Oktoberheft.

Totenliste des 7. Bundes.

Reinhold Ohmberger, Freiburg i. Br.
† 12. Oktober 1906 im Alter von 58 Jahren.
Ghre seinem Andenken!

Gemeindearbeiter von Wiesbaden.
Freitag, den 2. November, abends 8 Uhr:
*** Mitglieder-Versammlung ***
bei Bieger, Schwalbacherstr. 13.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Stellungnahme zur Krankenlöhnenwahl.
Vollzähliges Erscheinen ist dringend erwünscht.
Die Ortsverwaltung.

Verlag. In Verbindung des Verbands der in Gemeinde und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und ihren Angehörigen G. Hermann. Verantwortlicher Redaktor: G. Zittmer, Lode-Beim W. 30. Unterfeldstr. 24. — Druck: Rauentschmid'sche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinger & Co., beim SW. 65, Lindenstr. 69